Wochenblatt für Wilsdruff

Beilage zu Nr. 97. Donnerstag, den 26. August 1915.

Heimatdank.

Am 11. Juni d. J. sind Männer aus dem ganzen Sachsenlande zusammengetreten, um eine Stiftung ins Leben zu rufen, durch die mit Hilfe angeschlossener Vereine unter Führung der staatlichen Verwaltungsbehörden die freiwillige Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen innerhalb unseres Sachsenlandes einheitlich organisiert und jede Zersplitterung der Kräfte vermieden wird.

Was will die Stiftung Heimatdank?

Die Stiftung strebt an, Mittel zu sammeln, die als Grundstock dazu dienen sollen, den Kriegsbeschädigten neben der reichsgesetzlichen geldlichen Versorgung aus Nächstenliebe allenthalben hilfsbereit zur Seite zu stehen. Kann doch diese unsere Dankesschuld nicht dadurch restlos abgetragen werden, daß die Kriegsverletzten von Reichs wegen eine Unterstützung erhalten. Ihre Opferfreudigkeit in Verteidigung des eigenen wie auch unseres Herdes während des Krieges mahnt uns zu gleicher Opferfreudigkeit nach dem Kriege. Die Stiftung Heimatdank und die ihr angeschlossenen Vereine Heimatdank sollen die Kriegsbeschädigten beraten bei der Wahl eines neuen Berufes, sie ausbilden für diesen Beruf, ihnen Arbeit vermitteln, sie aufklären über Versorgungsansprüche, sie — wo es not tut — in Heime oder Familien unterbringen, die Witwen der Gefallenen in ihrem Erwerbe fördern und die Waisenkinder erziehen, bis sie selbst ihr Brot in Ehren essen können. Den Kriegsbeschädigten wirtschaftlich auf sich selbst zu stellen, in ihm die Gewißheit wachzuerhalten, nicht ein abgetaner Mensch zu sein, sondern ein nützliches vollberechtigtes Glied unseres Volkes: das ist das schöne Ziel der Stiftung und der Vereine Heimatdank, für dessen Erreichung es keine politischen und keine konfessionellen Schranken gibt.

Auf wen erstreckt sich die Heimatdank-Fürsorge?

Vorläufig auf jeden, der in Sachsen seinen dauernden Aufenthalt hat und als Angehöriger der deutschen Streitkräfte oder der Streitkräfte eines mit dem Deutschen Reiche verbündeten Staates an dem Kriege teilgenommen und dabei eine Kriegsdienstbeschädigung erlitten hat, die ihn in seiner Erwerbsfähigkeit oder in der Erlangung von Erwerbsgelegenheit beeinträchtigt. Schon in der Brust der Männer, die die Gründung der Stiftung Heimatdank vorbereiteten, regte sich der lebhafte Wunsch, diese Nächstenfürsorge dereinst nicht nur auf Kriegsverletzte und auf Hinterbliebene unserer Krieger beschränkt zu sehen, sondern sie in kommenden Tagen ausdehnen zu können auf alle Kriegsteilnehmer, die einer solchen Hilfe früher oder später bedürftig werden. Eine derartige Verpflichtung in die Satzungen aufzunehmen, wird aber erst dann möglich sein, wenn reiche Zuwendungen das Stiftungsvermögen zu der Höhe haben anschwellen lassen, die weitestgehenden Anforderungen zu genügen vermag. **Die Zeichnungsliste hierzu liegt noch aus.**

In welchem inneren Zusammenhange stehen Stiftung und Vereine Heimatdank.

Kein Verein schließt die Gewähr unbegrenzten Bestehens in sich. Die Sorgen unserer Kriegsbeschädigten zu bannen und ihr volles Vertrauen in die Hilfeleistung wachzurufen, ist nur dann möglich, wenn ihnen die Gewißheit gegeben wird, daß die Hilfe zeitlich unbegrenzt ist und darum andauern wird, bis sich ihr Auge schließt, deshalb mußte als Grundpfeiler für die gesamte Heimatdankfürsorge eine Stiftung errichtet werden. Den Zweck dieser Stiftung in die Tat umzusetzen, dazu sind die Vereine Heimatdank berufen. Das Werk der Nächstenfürsorge für Kriegsbeschädigte und für die Hinterbliebenen unserer Krieger soll ein Werk des ganzen sächsischen Volkes sein. Um dies zu ermöglichen, treten neben die Stiftung Heimatdank die

Vereine Heimatdank.

Keinen Bezirk und keine Stadt in unserem Sachsen wird es später geben, die nicht einen Verein Heimatdank aufweisen. Einem jeden, der die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, steht ohne Ansehung seines politischen oder religiösen Glaubensbekenntnisses der Eintritt in den Verein Heimatdank bei einem Jahresbeitrag von mindestens 1 Mark (juristische Personen und Vereine 10 Mark) offen. Das Ehrenamt des Vorsitzenden eines jeden Vereins Heimatdank ist durch die Satzungen dem Amtshauptmann beziehungsweise dem Stadtoberhaupt, hierorts also dem Bürgermeister, übertragen. Dieser ernennt seinen Stellvertreter und seinen Geschäftsführer. Die weiteren gleichfalls ehrenamtlichen Mitglieder des Vereinsvorstandes werden zur einen Hälfte von den Vereinsmitgliedern, zur anderen von dem Stadtrat gewählt. Hierbei kommen nur solche Personen in Frage, von denen eine nachhaltige Forderung der Vereinsziele zu erwarten steht.

Alle diejenigen Fragen, die die einzelnen Vereine nicht aus eigener Machtvollkommenheit zu lösen vermögen, finden ihre Erledigung in dem Kreisrate, dessen Gebiet sich mit der Kreishauptmannschaft deckt, und des weiteren in dem Landesrate als der obersten Verwaltungsstelle. Jedem Kriegsbeschädigten steht die Möglichkeit offen, durch Eintritt in den Verein Heimatdank seines Wohnkreises seine und seiner Kameraden berechtigten Ansprüche an zuständiger Stelle nachhaltig zu vertreten.

Welches ist das nächste Ziel!

Schon heute ist die Zahl der Hilfeheischenden groß, sehr groß. Ein jeder neue Tag läßt diese Zahl höher anschwellen. Bereits heute muß deshalb unseren Helden die Gewißheit gegeben werden, daß es in der Heimat eine Stelle gibt, die sich eines jeden Kriegsbeschädigten selbst noch in spätester Zukunft fürsorglich annimmt. Wie aber zu dem Führen eines Krieges, so gehört auch zu dem Schließen der Kriegswunden: Geld, Geld und abermals Geld. Der finanzielle Träger des großen Hilfsgedankens, die Stiftung Heimatdank, muß mit allen Kräften gefördert werden. Es ergeht deshalb der Ruf an jedermann, durch einmalige oder laufende Zuwendungen an die Stiftung Heimatdank ein Opfer der Dankbarkeit darzubringen, ein jeder nach seinen Kräften. **Zeichnungslisten** liegen bei der Stadt- und Sparkasse und den Vorschußvereinen aus. Auch Wertpapiere werden entgegengenommen. Die Hälfte der Zinsen aus einmaligen Zuwendungen kommt satzungsgemäß dem Landesteile des Gebers zugute, doch kann dieser durch einen entsprechenden Vermerk in die Zeichnungsliste bewirken, daß sein Stiftungsbetrag völlig freie Verwendung findet. Je früher das Datum der Zeichnung lautet, ein desto ehrenderes Zeugnis ist dies für den Zeichnenden.

In den nächsten Tagen erfolgt hier die Gründung des Ortsvereins. Letzterer wird den Namen **„Verein Heimatdank in der Stadt Wilsdruff"** tragen. **Mitgliedsanmeldungen** sind schon jetzt zahlreich eingelaufen und werden jederzeit in der Ratskanzlei entgegengenommen.

Die alte Sachsentreue hat sich von neuem gezeigt, als es galt den Feinden tiefe Wunden zu schlagen; die alte Sachsentreue soll sich auch bewähren, wenn es gilt, die Wunden der Unseren zu schließen. Treue um Treue! In diesem Worte ist das Wesen der Stiftung und der Vereine Heimatdank beschlossen.

Deutscher Reichstag.

(16. Sitzung.) CB. Berlin, 23. August.

Eingegangen ist ein Antrag des Bundesrats auf Vertagung des Reichstags bis zum 30. November. Die Vertagung wird voraussichtlich nicht vor Ende der Woche erfolgen.

Das Gesetz, betreffend den Schutz der Schwesterntracht (Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen im Dienste der Krankenpflege) sowie das Gesetz betreffend Abänderung des Reichsmilitärgesetzes werden in dritter Lesung ohne Debatte einstimmig angenommen. Fortgesetzt wird die Aussprache über die

fragen der Volksernährung.

Abg. Dr. **Böhme** (natl.): Die Aushungerungspläne unserer Feinde sind kläglich gescheitert. Der Staatssekretär hat von landwirtschaftlichen Interessenvertretungen gesprochen, die für die Erhöhung der Getreidepreise eingetreten seien. Mir ist keine Organisation bekannt, die das getan hätte; vielleicht meint der Staatssekretär die amtliche Vertretung der Landwirtschaft in Preußen. (Hört, hört!) Wir sprechen unsere Genugtuung darüber aus, daß es gelungen ist, die Erfüllung dieser Wünsche zu vereiteln. Der Redner fordert u. a. eine andere Verteilung der kriegsunbrauchbar gewordenen und Beutepferde und bemängelt die Beschlagnahme der Futtergerste auch bei den Kleinbetrieben. Die Vorgänge bei der Kartoffelversorgung sind außerordentlich bedauerlich. Auch gegen den Wildschaden muß etwas geschehen.

Abg. **Arnstadt** (k.): Wir halten die Forderungen auf Herabsetzung der Getreidehöchstpreise für unberechtigt; sie würden die schlimmste Beeinträchtigung der Landwirtschaft bedeuten, deren Produktion verteuert und erschwert wird und die für Saatgut und Futtermittel geradezu Phantasiepreise bezahlen müssen. Auch wir wünschen, daß den kleinen Besitzern mindestens 20 Prozent ihrer Gerste belassen wird. Die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen ist in der Tat zu hoch. Wie die Dinge liegen, bringt die deutsche Landwirtschaft schon ein Opfer, wenn sie keine höheren Preise verlangt (Beifall rechts).

Kriegsopfer der Landwirtschaft.

Abg. **Freiherr v. Gamp** (Reichsp.): Die Verteuerung der Lebensmittel ist bei der Verteuerung aller Rohprodukte und aller Arbeitskräfte nur selbstverständlich. Ein Hauptgrund ist auch die Verteuerung des Geldes. Heute ist es dem reichen England nicht möglich, den Parikurs für seine 5prozentigen Papiere zu halten; auch bei uns ist der Zinsfuß der Reichsbank von 4 auf 6 Prozent gestiegen. Auch das hat die landwirtschaftlichen Produktionskosten gesteigert. Sind das keine Opfer? Unsere Landwirtschaft kann stolz darauf sein, daß es ihr möglich war, die ganze Bevölkerung des Reiches ausreichend mit Brot zu verhältnismäßig billigen Preisen zu versorgen (Lebh. Zustimmung rechts). Wenn man dem Bauern den Roggen, den er bisher verfütterte, wegnahm, dann mußte man ihm dafür andere Futtermittel geben. Man hat das nicht getan. Außerdem hat der Krieg gerade von der Landwirtschaft Menschen und Tiere verlangt, wie von keinem anderen Beruf. Sind das noch immer keine Opfer?

Auch ich wundere mich allerdings, daß die Mehlpreise nicht herabgesetzt werden. Für eine große Menge Lebensmittel ist die Preissteigerung ungerechtfertigt. Hier sind Höchstpreise einzuführen. Die dringendste Frage ist die Kartoffelfrage. Die Gemeinden müßten die minderbemittelte Bevölkerung mit Kartoffeln zu mäßigen Preisen versehen. Mit den Kosten sollte man den Staat belasten. Den Minderbemittelten sollte auch ein gewisses Quantum Fleisch und Fett zur Verfügung gestellt werden, eventuell durch Gemeinden und Staat. Die Einführung von fleischlosen Tagen ist wünschenswert.

Unterstaatssekretär Michaelis bespricht die Umstände, durch welche eine Herabsetzung der Mehlpreise nicht möglich sei. Die Reichsgetreidegesellschaft kauft und lagert Mehl, sie setzt die Mehlpreise so fest, daß bis August nächsten Jahres eine ausreichende und gleichmäßige Versorgung gesichert ist.

Nachdem sich noch die zweiten Redner der Parteien zu der Frage geäußert haben, tritt Vertagung ein.

(17. Sitzung.) CB. Berlin, 24. August.

Der Antrag des Bundesrats, den Reichstag bis zum 30. November zu vertagen, wird angenommen. Fortgesetzt wird die Beratung über die

Volksernährungsfragen.

Unterstaatssekretär **Michaelis**, Präsident der Reichsgetreidestelle, wendet sich gegen die heftigen Vorwürfe, die gestern der Zentrumsabgeordnete Pfleger gegen die Reichsgetreidestelle deswegen erhoben, weil sie eine Zufluchtsstätte für Drückeberger sei. Dr. Pfleger hat ferner gesagt, die Reichsgetreidestelle bezahle die Presse für Aufnahme von Artikeln und er hat angedeutet, daß bei der Auswahl der Angestellten auffallend viel Juden verwendet worden seien. Ich habe zunächst bedauert, daß der Abgeordnete diese Vorwürfe nicht in der Kommission zur Sprache gebracht hat. (Stürmische Zurufe im Zentrum: Hat er!) Von 640 Angestellten der Kriegsgetreidegesellschaft sind tatsächlich 425 reklamiert worden (Stürm. Zurufe im Zentrum und rechts) davon, sind aber schon im Juni über 100 von uns zur Einstellung freigegeben worden und jetzt soll dasselbe noch einmal geschehen. Allerdings hat die ärztliche Untersuchung ergeben, daß von rund 300 zurückgebliebenen Beamten nur 17 dauernd dienstuntauglich sind. (Hört, hört!) Die Vorwürfe gegen die Kriegsgetreidegesellschaft, die sich namentlich auch in unzähligen und unqualifizierbaren Denunziationen ausgesprochen haben, sind nur allzu leicht erklärlich. Wir haben den Handel zu einem großen Teil ausgeschaltet, wir haben die Mühlen, namentlich auch die großen Mühlen, geschädigt, nicht ihnen Vorteile gebracht, wie manche behaupten, und wir haben notgedrungen endlich auch der Landwirtschaft wehe tun müssen. Aus allen diesen Kreisen kommt die Gegnerschaft. Die Vorwürfe sind ungerecht und fast alle unbegründet. Auch die Behauptung, daß wir Juden bevorzugten, ist unwahr. Um die jüdischen Händler kommen wir nun einmal nicht herum. Auch wegen der Kleie sind wir angegriffen worden; dabei hat die Kriegsgetreidegesellschaft niemals mit der Kleie etwas zu tun gehabt. Am schwersten aber ist immer der Vorwurf, wir seien eine Versicherungsanstalt für Drückeberger und gegen Schützengrabengefahr. Diesen Vorwurf muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Wenn sie solche Anklagen erheben, dann vergrämen sie mir meine tüchtigsten Beamten und veranlassen sie, mir ihr Amt vor die Füße zu legen. (Lebh. Hört, hört!) Dann kann ich nicht weiter die Verantwortung übernehmen für die Erfüllung der großen nationalen Aufgaben unserer Brotversorgung. (Erneutes lebh. Hört, hört!) Untersuchen und urteilen Sie, alles steht Ihnen offen. Aber urteilen Sie gerecht! (Lebh. Beifall links und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Dieselben Vorwürfe sind in der Tat schon in der Kommission erhoben worden. Daß sie nicht unbegründet sind, beweisen die Zahlen, die der Unterstaatssekretär selbst mitgeteilt hat. Die ärztliche Untersuchung der Angestellten hat nicht die Leitung der Gesellschaft, sondern der Kriegsminister veranlaßt.

Unterstaatssekretär **Michaelis**: Unabhängig von den vom Kriegsministerium veranlaßten Maßnahmen hatten wir schon lange vorher aus eigenem Antriebe mit dem zuständigen Generalkommando verhandelt, um alle irgend Entbehrlichen an das Heer abzugeben. (Beifall.)

Abg. **Wamhoff** (natl.): Das Getreide war im letzten Jahr deshalb so knapp, weil die Landwirte einen Teil verfüttern mußten, deshalb sind auch die Landwirte mit den organisatorischen Maßnahmen der Regierung zufrieden. Die gute Mittelernte, die wir gehabt haben, wird hoffentlich eine baldige Erhöhung der Brotrationen ermöglichen. Der Rat, den Fleischkonsum einzuschränken, ist gut, aber viel kleinere Leute und Arbeiter kennen schon jetzt kaum noch Fleisch. (Sehr richtig.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Herr Abg. Spahn hat die Vorwürfe, die gegen die Kriegsgetreidegesellschaft erhoben worden sind, aufrechterhalten und unterstrichen. Vor mir liegen die dienstlichen Berichte der zuständigen Stellen, die den strikten Beweis erbringen, daß alle die Vorwürfe ausnahmslos unbegründet sind. (Abg. Spahn schüttelt mit dem Kopf.) Der Herr Abg. Spahn schüttelt mit dem Kopf. Will er damit etwa andeuten, daß die dienstlichen Berichte der mir nachgeordneten Beamten wissentlich Unwahres behaupten? (Lebhaftes hört, hört, links.)

Die Zahlen des Herrn Unterstaatssekretärs bedürfen der Ergänzung. Sie beziehen sich auf den Monat Juni, wo die Anforderungen der Heeresverwaltung noch nicht so groß waren. Nach den letzten Feststellungen bleiben als reklamiert rund 150 felddienstfähige Leute übrig. Davon sind aber nur drei gediente Leute, alles andere ungedienter Landsturm. Das wichtigste aber ist, was ich nochmals betone, daß die Kriegsgetreidegesellschaft nicht die ärztliche Untersuchung des Kriegsministers abgewartet hat, sondern schon lange vorher eine allgemeine Untersuchung ihrer Angestellten auf ihre Dienstbrauchbarkeit veranlaßt und von Monat zu Monat alle irgendwie abkömmlichen Leute für den Heeresdienst zur Verfügung gestellt hat.

Ich bin gewiß für völlige parlamentarische Kritik und dankbar dafür, aber das Maß der Kritik, das gestern der Abg. Pfleger geübt und heute der Abg. Spahn ausdrücklich gebilligt hat, geht über das Maß des Berechtigten und Erlaubten weit hinaus. (Lebh. Beifall bei den Nationalliberalen und links.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Von der eingehenden Untersuchung der Kriegsgetreidegesellschaft hat der Kriegsminister in der Kommission kein Wort gesagt. (Zuruf des Staatssekretärs: „Das konnte er ja auch nicht wissen.") Die Zahlen, den eigentlichen Beweis, hat der Staatssekretär erst heut selbst mitgeteilt.

Abg. **Koch** (fortschr. Vp.): Jeder Stand muß heute Opfer bringen. Daß die Opfer der Landwirtschaft nun besonders groß sein sollen, kann ich nicht einsehen. Man sollte die Gegensätze zwischen Konsumenten und Produzenten nicht noch durch gesteigerte Höchstpreise verschärfen.

Die weitere Beratung brachte eine Rede des Abgeordneten **Weinböck** (k.), der über die Mehlpreise in Bayern, die Höchstpreise für Gerste und zum konservativen Antrag sprach, kleinen Besitzern 20 Ztr. Gerste von der Beschlagnahme freizulassen. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Aus Stadt und Land.

— **Freiwillige Helfer überall.** Der Deutsche Musikerverband spendete bis jetzt zur Unterstützung von Musikerfamilien rund 50000 Mark.

— M. L. (V. M.) Zur Erleichterung der Prüfung der nach dem Auslande (offen) aufzugebenden Briefe ist es